Datum:	30. April 2012
Medium:	Kleine Zeitung Online
Thema:	Angehörige müssen Beitrag für Heimplatz zahlen

Angehörige müssen Beitrag für Heimplatz zahlen

Ab 1. Juli müssen Kinder bzw. Eltern von Personen in Pflege- und Behindertenheimen wieder zuzahlen. Wie viel? Dazu gibt es Aufregung und Rätsel. Die Sozialabteilung des Landes führt derzeit bei etwa 10.000 Angehörigen die Kostenbeitrags-Erhebung durch.

Foto © KLZ/Scheriau

Verunsichert sind derzeit etliche Angehörige, deren Eltern bzw. Kinder in Pflege- oder Behindertenheimen sind. Seit November des Vorjahres ist fix, dass sie ab einem Nettoeinkommen von 1.160 Euro sozial gestaffelt (wieder) einen Beitrag für den Heimplatz bezahlen müssen. Ab 1. Juli gilt die Pflegeregress-Regelung, von FPK und ÖVP als beschlossen.

Aber wie viel ist zu bezahlen, wer fällt in die Einkommensgrenzen? Darüber herrscht in der Bevölkerung Verunsicherung. Die Sozialabteilung des Landes führt derzeit bei circa 10.000 Angehörigen die Kostenbeitrags-Erhebung durch. Kinder (nicht Schwiegerkinder) und Eltern müssen binnen 14 Tagen die Formulare ausfüllen, um belegt mit Gehaltszetteln und Unterlagen das Einkommen, Unterhaltszahlungen etc. anzugeben.

"Ich bin entsetzt, ich soll für meinen Vater im Pflegeheim 192 Euro im Monat mitzahlen, bin aber Alleinerzieherin zweier schulpflichtiger Kinder mit einem Nettoeinkommen von 2.220 Euro, muss Kredit und Leasinggebühren zahlen", war eine Lehrerin in der Vorwoche in heller Aufregung. Sie hatte sich in der Landesregierung informiert und war empört, dass ihre Lebenserhaltungskosten und ihr Status als Alleinerzieherin viel zu wenig berücksichtigt werden. 70 oder 80 Euro zu bezahlen, wären für sie ein adäquater Betrag, sagt sie.

Siegfried Jost von der Sozialabteilung gibt zu bedenken, dass bei Alleinerziehenden die Unterhaltszahlungen der Väter, die nicht als Einkommen gewertet werden, zu sehen seien. In einem Punkt scheint das Land bereits zum Nachbessern bereit zu sein: Der jetzt mit 1.160 Euro fixierte Freibetrag für die Lebenserhaltungskosten, der vom Nettoeinkommen abgezogen wird, soll erhöht werden. Manche müssten dann gar nichts für den Heimplatz dazuzahlen, manche weniger, so Jost. Im Schnitt geht er von 100 Euro aus. Wobei Unterhaltspflichten (für Kinder) oder nicht berufstätige Ehepartner den Beitrag reduzieren.

Ein Mann, dessen 90-jährige Mutter mit Pflegestufe 7 im Heim betreut wird, zeigte sich gegenüber der *Kleinen Zeitung* empört, weil die Informationen vom Land noch äußerst mangelhaft seien.

Das soll sich ab diesem Mittwoch ändern, verspricht Soziallandesrat Christian Ragger (FPK). Dann gibt es im Sozialreferat eine Hotline (0463-536-57408), damit Anrufer Auskünfte über ihre Zuzahlung erhalten können. Im Budget 2012 geht man von Einnahmen von 3,5 Millionen Euro aus dem Pflegeregress aus.